

Die öffentliche Wohlfahrtspflege zum Segen der
Lebenden auf das Beste auszubauen.
Die Wohnungsnot
Seitträglich nach wie vor die Gesundheit unseres Volks-
lebens. Der Erhaltung des Wohnraumes und dem
Bau neuer Wohnungen wird die Reichsregierung ihre
besondere Sorge zuwenden und dabei den Bedürfnissen
der unermittelten und minderermittelten wohnungslosen
Volksteile Rechnung tragen. Sie wird die Bestrebungen
fördern, durch rationelle Gestaltung des
Bauwesens die Baukosten zu senken. Da
der Wohnungsbau als produktiv gilt, wird es ohne Be-
denken sein, bei dringendem Bedarf Mittel im Wege der
Anleihe aufzubringen, sobald es die allgemeinen wirt-
schaftlichen Verhältnisse und die Lage am Kapitalmarkt
gestatten.
Eine fruchtbare Arbeit auf dem Gebiete der Innen-
politik und Sozialpolitik ist nur möglich auf dem
Grundlage eines festen Staatsgefüges, dessen Grundlage
unser Weimarer Verfassung ist. Es ist die vornehmste
Aufgabe der Reichsregierung, auf dieser Grundlage
unser Staatswesen im demokratischen Sinne auszu-
bauen und für die Erhaltung und Achtung der Repu-
blik und ihrer Grundwerte einzutreten.
Sie wird die vom Reichsrat beschlossene
Initiativvorlage über den Verfassungstag unverzüglich
dem Reichstag einbringen.
Die Reichsregierung rechnet und vertraut hierbei auf die
treue Mitarbeit der Beamten. Sie wird sich
hangeln lassen, die Rechte der Beamten zu wahren
und ihre Interessen zu fördern. Ihre besondere Auf-
merksamkeit wird die Regierung einer Regelung der
rechtlichen Verhältnisse der Minister und der
Schaffung eines neuen Reichsbeamtenrechts
schenken, in das auch die im vorigen Reichstag un-
erledigt gebliebene Dienststrafordnung eingegliedert sein
wird.
Die Wahlreform
Wird die Reichsregierung erneut in Angriff nehmen.
Die Reichsregierung wird bestrebt sein,
das öffentliche Schulwesen
organisch und sozial auszugestalten. Dabei ist die Stel-
lung der Schule als eines der Staatshoheit unter-
liegenden Organismus, das Recht der Religions-
gesellschaften bezüglich des Religionsunter-
richtes und die verfassungsmäßig gewährleistete Ge-
wissensfreiheit unter Berücksichtigung
der Elternrechte zu wahren. Die Pflege der
körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit des
deutschen Volkes wird nach wie vor ernste Sorge der
Reichsregierung sein. Eine wichtige Aufgabe erwächst
der Reichsregierung in der Vertiefung der internatio-
nalen kulturellen Beziehungen.
Die Wehrmacht der deutschen Republik
Wird ihre Aufgaben, Schutz der Grenzen und Aufrecht-
haltung der Ruhe und Ordnung im Innern, nur dann
effizient erfüllen können, wenn sie im Volk wurzelt
und vom Vertrauen aller Bevölkerungsschichten ge-
tragen wird. Dieses Vertrauen wird sie sich am besten
durch pflichtgetreue Arbeit und eine rein vaterländische
und überparteiliche Einstellung erwerben und er-
halten. Die Regierung, die von der Wehrmacht verlangt,
dass sie eine treue und unbedingte, zuverlässige Stütze
der Republik ist, wird ihrerseits dafür sorgen, dass die
Wehrmacht im Rahmen ihrer Aufgaben und der be-
stehenden Verträge nach Maßgabe der finanziellen Kräfte
mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln aus-
gestattet wird.
Das große Gefährdungswort der
Strafgesetzbuchreform
hat der Reichstag in seiner vorjährigen Wahlperiode
nicht mehr zum Abschluss bringen können. Kamentlich
wird die Frage der Befreiung der Todes-
strafe zu entscheiden sein. Schon jetzt aber wird die
Reichsregierung
bei den Vorschlägen, das Begnadigungs-
recht gegenüber Todesurteilen anzuwenden.
Zum ersten Mal nach langer Zeit reichen sich Österreich
und Deutschland die Hand zur gemeinsamen Ge-
sundheitsarbeit, die aus der großen Gefahr
der Epidemien der Deutschen bringen soll.
Dem hohen Maße liegen mehrere Initiativanträge vor,
die sich mit der Frage einer
Amnestie für politische Straftaten
befassen. Die Reichsregierung hofft, dass sich das hohe
Haus bei der bereits begonnenen Beratung über Um-
satz, Art und Grenzen der Amnestie verständigen wird,
und legt in Uebereinstimmung mit dem hohen Hause be-
sonderen Wert darauf, dass durch eine beschleunigte Be-
handlung der Anträge die gleichgerichtete Lösung der
Aufgaben nach vor dem Auseinandergehen des Reichs-
tages zum Abschluss gelangt.
Auf dem Gebiete der Steuerpolitik wird die Reichs-
regierung ihr Augenmerk der Frage zuwenden, inwieweit
die drückenden Steuerlasten,
die insbesondere auf den mittleren und unteren Schichten
der Bevölkerung liegen, eine Erleichterung er-
folgen kann. Die Prüfung ist freilich davon abhängig,
dass zunächst noch die weitere Entwicklung der Gesamt-
verhältnisse abgewartet werden muss. Erst im Herbst
wird es möglich sein, ein Urteil hierüber zu bilden. Vor-
dringlich erscheint die Frage, wie weit bei dem Ein-
kommen bis zu 8.000.— M., sei es, dass die dem Lohn-
abzug unterliegen, sei es, dass sie veranlagt werden, eine
Erleichterung angebracht werden soll angesichts der Tat-
sache, dass das Einkommen an Lohnsteuer in den ver-
gangenen Monaten der Rechnungsjahre betragsmäßig
erhöht hat, die eine Überforderung der gesetzlich fest-
gelegten Höchstsumme erwarten lassen. Es scheint ferner ge-
boten, namentlich das gesetzlich gegebene Verprechen ein-
zuhalten, den Teil der Vermögenssteuer nach
zu erhöhen, der in Höhe von 40 Millionen M. gegen-
über dem Etatslof für das Rechnungsjahr 1926 aus-
gefallen ist. Besondere Aufmerksamkeit wird den finan-
ziellen Verhältnissen zwischen Reich, Ländern und Ge-
meinden zuwenden sein. Für eine künftige Gestal-
tung des für die Gesamtfinanzanlage so bedeutsamen
Finanzausgleichs bietet die wichtigste Grundlage eine
einheitliche Regelung des materiellen Rechts, der Real-
steuern und Hauszinssteuern, die durch ein Steuer-
vereinfachungsgesetz erreicht werden soll,
deren Entwurf bereits der Reichsrat beschließt. Spar-
samste Haushaltsführung ist unbedingt erforderlich, um
jede Gefährdung des Gleichgewichts unserer Finanzen zu
vermeiden. Nach wie vor bildet die Höhe des Extra-
ordinariums einen Gegenstand erster
Sorge. Auch in Zukunft erscheinen Auslandsanleihen
nur erwünscht, wenn sie wirtschaftlichen Grundbedürfnissen
der Produktivität und der Rentabilität entsprechen.
Die Reichsregierung stimmt mit der Konferenz
und der Gesamtheit des Volkes darin überein, dass
die gegenwärtige Regelung des Verhältnisses
zwischen Reich und Ländern unverbesserlich
ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Sie
wird bestrebt sein, eine befriedigende Lösung der Reform
in enger Zusammenarbeit mit den
Ländern herbeizuführen.
Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichtes
Wird als nächster Schritt zur Vereinfachung nachdrücklich
gefordert werden.
Die Ihnen unterbreitete Regierungserklärung der
neuen Reichsregierung zeigt Ihnen, dass sie den ersten
und aufrichtigen Willen hat, mit allen uns gegebenen
Kräften die uns übertragenen schweren Aufgaben zu
lösen. Die Regierung nimmt für sich die Führung auf
dem Wege des Wiederaufbaus in Anspruch und ver-
traut darauf, dass die Mehrheit dieses
hohen Hauses hinter dem Programm der
Reichsregierung steht.
Die Regierungserklärung wurde oft durch Beifalls-
stürmen der Sozialdemokraten und der Mittelpar-
teien, wiederholt auch durch hitzige Zurufe der Kom-
munisten und Nationalsozialisten unterbrochen. Der Kom-
munist Lew ein Stück Seite auf den Tisch des
Hauses gelegt, während die Kommunisten riefen:
„Die S. B. D. leiste es ein!“ Bei der Ankündigung
einer Erweiterung der Unfallversicherung rief Abg. Torg-

ler (R.): „Das Kabinett nimmt nur mit hinein!“ (Ge-
lächter.) Bei der Erörterung des Wohnungswesens tie-
fen die Kommunisten: „Sie haben ja das Reichsstaats-
palais.“ Reichsminister Müller rief zurück:
„Saben Sie den Kram schon gesehen?“
Abg. Torgler rief dann: „Das ist ja allgemeiner
Schmerz.“ Die Sätze über den Schutz der Weimarer Ver-
fassung wurden von der Sozialdemokratie und den Mit-
telparteiern mit großem Beifall aufgenommen. Die An-
kündigung über die Vorlage über den nationalen Feier-
tag führte zu
Beifälligen bei den Nationalsozialisten.
Von dort wurde gerufen: „Wird uns der Feiertag be-
zahlt?“ Die Begründung der Reichswehr als treuer und
zuverlässiger Stütze der Republik nahmen die Kommu-
nisten so, dass Reichsminister Müller sich zu ihnen
wandte mit der Erklärung: „Ich will mich gern in der
Debatte mit Ihnen auseinandersetzen, jetzt ist es meine
Aufgabe, die Regierungserklärung zu verlesen.“ Präsident
Vöcker ließ schließlich den Abg. Torgler wegen fort-
gesetzter Unterbrechung zur Ordnung. Am Schluss
der einstündigen Rede des Reichsministers kamen von den
Sozialdemokraten und den Mittelparteiern lebhafter
Beifallstürmen.
Auf Vorschlag des Präsidenten vertagte der
Reichstag um 4.15 Uhr die Aussprache über die
Regierungserklärung auf Mittwoch, 12 Uhr. Damit ver-

Ballon Münster VIII beim Gordon-Bennettflug verunglückt

Der Führer Eimermacher leicht verletzt.

Münster i. W., 3. Juli. Nach einem heute abend
hier eingetroffenen Telegramm aus Amerika ist der
Ballon „Münster VIII“ mit dem Führer
Eimermacher, der am Gordon-Bennett-Rennen teil-
nahm, Sonntag nacht gegen 11 Uhr abends in eine Ge-
witter über geraten. Der Ballon wurde 5000 m weit
geschleudert und landete schließlich in einem
Urwald in Virginia. Die Hülle wurde aufgerissen,
sodass das Gas entströmte. Während der Mifahrer aus
Herdorf unverletzt blieb, erlitt der Führer Eimer-
macher Quetschungen an Armen und Füßen.
*
Sieger: Der französische Ballon
„Blanchard“.
X Detroit, 3. Juli. Nach sieben eingegangenen
Mitteilungen landete der deutsche Ballon „Münster VIII“
am Sonntag auf dem östlichen Hang der Blauen Berge,
38 km westlich Lynchburg in Staate Virginia. Damit
find alle Konturrenzen des Gordon-Bennetts-
Rennen der Lüste gelandet. Obwohl die Sieger noch
nicht amtlich angegeben sind, glaubt man, dass der fran-
zösische Ballon „Blanchard“ (Führer Dolfus),
der 740 km zurücklegte und in Nordcarolina landete, das
Rennen gewonnen hat.
Am Dienstag vormittag meldete die Telephon-
Union aus New York, der Ballon „Münster VIII“ sei als
Sieger aus dem Gordon-Bennett-Rennen der Lüste
abgehoben worden. In Münster, insbesondere in der
Luftfahrtsvereinsleitung, die den Ballon mit seinem
erfahrenen Führer Eimermacher auf die Reise ge-
schickt hat, war man darüber natürlich außerordentlich
erfreut, zumal Eimermacher im vorigen Jahre mit „Mün-
ster VIII“ nach Gebat hatte. Er war in der zweiten
Runde in einem Tale des Alleghany-Gebirges in eine
Windschiff geraten, die ihn um den bis dahin sicheren
Siege brachte. In Mitteilungen von anderen Nachrichten-
büros fand die frohe Botschaft leider keine Bestätigung.
Diese Mitteilungen betrafen nur, dass „Münster VIII“ an-
scheinend noch in der Luft sei, dass man von seiner Lan-

bunden wird die Beratung einer Anzahl von Anträgen
der Kommunisten, die u. a. die Beendigung des geist-
lichen Schlichtungswesens und Aufhebung der Weimarer
Verfassung; eventuell soll die Weimarer Verfassung
weiter kommunisistischer Anträge bedauern die Nichtig-
machung der Eisenpreisänderung, die Nichtanerkennung
des Bundes des Panzerkreuzers und Verwendung der dazu
bewilligten ersten Rate von 9 Millionen für Schulpei-
nungen von Volksschulkindern.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Berlin, 3. Juli. Der Reichstag des
Reichstages hielt heute Mittag eine Sitzung ab.
Ueber den Vorschlag des Reichstagspräsidenten, die
Reihenfolge auf der Rednerliste nicht mehr nach der
Fraktionsstärke, sondern nach der Stellungnahme der
Fraktion zu bestimmen, wurde noch keine Uebereinstim-
mung erzielt. Es bleibt also zunächst bei der bisherigen
Uebung. Es wird damit gerechnet, dass die am Mittwoch
beginnende Aussprache über das Regierungspro-
gramm, für die zwei Rednerreden bestimmt sind, schon
am Donnerstagabend beendet sein kann.
Dann würde eine Pause in den Vollkungen bis zum
Dienstag eintreten. In der nächsten Woche sollen dann
in fünf Sitzungstagen die Annahmestricke und die
sonstigen vordringlichen gesetzgeberischen Auf-
gaben erledigt werden.

fraktionsdank an Marx, Brauns und Köhler.

Vertagung der Vorstandswahl auf den Herbst.

Berlin, 3. Juli. Bei Beginn der heutigen
Fraktionsversammlung sprach der stellvertretende Abge-
ordneter Dr. Stegerwald den von verantwortungs-
schweren Voten geschriebenen Fraktionsmitgliedern, Reichs-
tagler Dr. Marx und Reichstagsminister Dr. Brauns
sowie Reichsfinanzminister Dr. Köhler warme Worte
der Anerkennung für ihre im Interesse des öffentlichen
Wohles geleistete Arbeit aus. Dann trat die Fraktion
in eine eingehende Erörterung über die Regierungs-
erklärung ein. Ueber die Frage, ob der Reichs-
regierung lediglich die Billigung oder das Ver-
trauen ausgesprochen werden soll, wird sich die Fra-
tion erst am Mittwoch schlüssig werden.
Die Fraktion beschloss, die Wahl ihres Fra-
tionsvorsitzandes auf den Herbst zu ver-
tagen. Bis dahin wird der bisherige Fraktionsvorsitz
die Geschäfte der Fraktion weiterführen.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitz.

Berlin, 3. Juli. Die sozialdemokratische Reichs-
tagsfraktion trat am Dienstag nach der Vollziehung zu
einer Fraktionsversammlung zusammen. Anstelle des Reichs-
taglers Hermann Müller-Pranten, dem der Dank der
Fraktion für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit
als Fraktionsvorsitzender ausgesprochen wurde, wählte
die Fraktion einstimmig die Abgeordneten Dr. Breit-
scheid, Dittmann und Wels zu geschäfts-
führenden Vorsitzenden.

Preussischer Großwahltag.

Berlin, 3. Juli. Der 2. Dezember dieses Jah-
res wird ein Großwahltag für Preußen werden. Die
preussische Staatsregierung beschließt, in Fühlung-
nahme mit den preussischen Regierungsparteien den
Landtag einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der
die Zusammenlegung der kommunalwahlen mit
den Wahlen zu den Kreis- und Provinzial-
landtagswahlen vorsieht und als Termin für
diese drei Wahlen den 2. Dezember festsetzt. (Selbstver-
ständlich gilt das nicht für die Kommunen, die im Mai
wählen.)

Ein deutscher Student im Elsch verhaftet.

(Karlsruhe, 2. Juli. Anlässlich der Kirchweih in
Lauterberg im Elsch war für die Umgebung bis zu
20 km der Wismungang ausgehoben worden.
Eine Studentenverbindung der hiesigen Hochschule
benutzte die Gelegenheit, einen alten Gefängnis
aus der Vorzeit gemäß einem Gebot
in Lauterberg einen Besuch abzugeben.
Mehrere Gendarmen kontrollierten die Kapitel der Stu-
denten und fanden dabei nach einer Weile den „Karls-
ruher Tageblattes“, dass einer der Studenten aus Karls-
ruhe, der in Mülhausen geboren ist, wegen Fah-
nenentwurf verhaftet wurde. Der Student
wurde, wie das genannte Blatt meldet, sofort verhaf-
tet und in eine Kaserne nach Nancy überführt.
Das „Karlsruher Tageblatt“ bemerkt dazu, dass die Ver-
haftung in seiner Weise gerechtfertigt sei, da der Student
nach dem Jahre 1870 im Elsch geboren ist. Sein Vater,
der preussischer Beamter gewesen, habe sich
mit einer Altfeldjägerin aus Mülhausen verheiratet.

Von einem Erpresser bedroht.

Berlin, 3. Juli. Gestern wurde die bekannte
Schaukelrinderin und Philantropin Hedwig Wangel
in ihrer Wohnung von einem Erpresser bedroht.
Schon vor einiger Zeit schrieb ein 29 Jahre alter Kauf-
mann, der im Erzgebirge lebt, an Frau Wangel und bat
um Vermittlung für eine neue Stellung.
Da sie zur Zeit nichts Findendes fand, so musste er vor-
läufig verzichtet werden. Der Ton seiner Briefe wurde
aber drohender und schließlich stellte er Frau
Wangel ein Ultimatum, dass er sie, wenn sie ihm
nicht bis zu einem bestimmten Tage eine Gebührende
Stützung oder Arbeit verschaffe, erschlagen
werde. Gestern nachmittag erschien er bei Frau Wangel,
die durch den Ton der Drohbriefe erschrocken um Ent-
sendung eines Polizeibeamten gebeten hatte. Der Kri-
minalbeamte nahm den Kaufmann, der im Empfangs-
zimmer wartete, auf die Wange und fand bei ihm eine
Pistole und 5 scharfe Patronen.

Von Nah und fern.

Schrecklicher Selbstmord.

Proben, 3. Juli. Auf schreckliche Weise hat hier der
Bergarbeiter Kobath, kommunistischer Be-
triebsrat des Betriebes Seegraben der Wippen
Montagegesellschaft, Selbstmord verübt. Seine Frau
wurde Montag früh durch eine heftige Detonation
aus dem Schlafe gerissen. Als sie mit einigen Nachbarn
auf die Straße eilte, fand sie etwa 200 Meter vom Hause
entfernt den furchtbar verformten Körper ihres Man-
nes. Wie die Gendarmen feststellte, hatte Kobath etwa
zehn Dynamitpatronen die er mit einer
Zündschnur um seinen Körper gebunden
hatte, zur Explosion gebracht. Der Körper des
Unglücklichen wurde in tausend Stücke zerlegt. Den Kopf
fand man etwa 20 Meter vom Körper entfernt auf der
Lage des Selbstmordes ist noch nicht festgestellt. Es ist
nicht ausgeschlossen, dass der Selbstmord Kobaths mit
seiner Tätigkeit als kommunistischer Betriebsrat zu-
ammenhängt.

Englischer Straßenbahnwagen.

Berlin, 3. Juni. Heute vormittag entgleiste
an der Ecke Stralauer- und Neue Friedrichstraße ein Un-
gehöriger eines Straßenbahnwagens und tippete um. Nach
Angabe des Führers ist der Ungehöriger aus den Schienen
geprungen, ein Stück weiter gefahren, gegen einen Kan-
delaber gefahren und hierbei umgekippt. Etwa 10 bis 15
Personen, die zufällig den Ungehörigen sahen, sind verletzt wor-
den und wurden durch das Rettungswesen verschleppen
Krankenhausern zugeführt.

Schwere Gasvergiftungen.

Budapest, 3. Juli. In einem Hause in der Leopold-
stadt ereignete sich eine schwere Gasvergiftung.
Ein Mieter einer im zweiten Stockwerk gelegenen Woh-
nung ließ seine Wohnung von einer Gesellschaft von Un-
geheuer reinigen. Durch die Zimmerböden drang das
Gas in die tiefer gelegenen Wohnungen
ein. 20 Personen mussten mit lebensgefährlichen Ver-
giftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein orkanartiger Sturm.

Rom, 2. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird,
wütete am Montag in Krasnojarsk ein orkanartiger
Sturm, der einen großen Sachschaden anrichtete. Auf
dem Fluss Jenissei wurden viele Fische zerstört, wobei 12
Personen den Tod fanden.

Schwerer Verkehrsunfall.

Warschau, 3. Juli. Gestern Abend stieß in einer
Warschauer Vorstadt bei einer Straßenkreuzung ein voll-
besetzter Kleinbahnzug mit einem Straßen-
bahnzug zusammen. Sieben Personen erlitten
Verletzungen.

Konflikt unter den Deutschnationalen Hannovers.

folgen des falles Lambach.

Hannover, 3. Juli. Der Angeklagtenauschuss der
Deutschnationalen Volkspartei beschloss in einer Vollver-
sammlung, in der er sich mit dem Fall Lambach befas-
sigte, die Herausgabe einer Erklärung, in der das Ver-
halten des örtlichen Parteivorstandes, der
Vollversammlung des Angeklagtenauschusses
des Hannoverschen Deutschnationalen Volkspartei
am 2. Juli durch ein Parteivorstandsmi-
tglied aus Hannover leiten zu lassen, vom
Vorstand des Angeklagtenauschusses abgelehnt wird.
In der Erklärung werden dafür folgende Gründe ange-
geben:
Der örtliche Parteivorstand war zu dieser Vollver-
sammlung eingeladen, um ihm Gelegenheit zu geben,
sich über die Anschuldigungen zu unterrichten, die in Ange-
klagtenkreisen der Partei in der Sache Lambach-Mon-
archismus vorherrschen. Der Vorstand des Angeklagten-
auschusses erklärt in dem Bericht, den Vor-
stand aus zu übernehmen, nicht die Pflicht, einen
Satzungsparagrafen zu erfüllen, sondern vielmehr den
Willen, den Angeklagtenauschuss in seinen freien Ent-
scheidungen und in seinen Entschlüssen zu behin-
dern. Die Art, wie Parteileitung und Partei-
presse in den letzten Wochen verfahren haben, nur
ihre Ansichten zur Geltung zu bringen
und sogar die Entschlüsse der Freunde Lambachs
zu unterdrücken, rechtfertigen diese Ueberzeugung.
Der Angeklagtenauschuss muss es deshalb ablehnen, diese
Einsprüche durch Abgabe seiner eigenen Stellung an
diese Personen noch zu vergrößern und sich in und to-
machen zu lassen. In den bisherigen Verhandlungen
des Angeklagtenauschusses ist durch den örtlichen Parteio-
vorstand eine Kritik geübt worden, die den öffentlich-
lichen Verkehr bedeutet, unter Bezugnahme auf Formali-
täten und Sanktionen den Wert dieser Mitteilungen herab-
zusetzen. Grundrücksichtlose Auseinandersetzungen,
wie sie hier vorliegen, können nicht durch Kritik an dem
formalen Zustandekommen der Beschlüsse durch Bezug-
nahme auf Satzungen abgemildert oder unterdrückt wer-
den. Geistige Strömungen können so stark sein, dass sie
über Satzungsbestimmungen und Pro-
gramme hinwegfluten.
Nach reger Aussprache wurde die nachfolgende Ent-
scheidung mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung
angenommen: „Die auf Grund der Erklärung des Ange-
klagtenauschusses Hannover der Deutschnationalen Volkspar-
tei einberufene Vollversammlung der partei-deutschnatio-
nalen Angeklagten billigt das Vorgehen des Abgeord-

neten Lambach in der Frage der Einstellung der Partei
zur Monarchie und gleichzeitig die vom Vorstand des An-
geklagtenauschusses öffentlich bekanntgegebene Entschlie-
gung vollständig. Die verammelten partei-deutschnatio-
nalen Angeklagten fordern Eilmarsch in der
Partei auf für ihre Gewinnungsgenossen, die die
republikanische Staatsform als die Grund-
lage für die Durchsetzung deutschnationaler oder christlich-
nationaler und konservativer Ideen ansehen.“
Im Anschluss an diesen Vortrag teilte der hannoversche
Kreisverein der Deutschnationalen Volkspartei mit,
dass er gegen den Vorstehenden des Ange-
klagtenauschusses des Kreisvereins, Teichmann, der
Beamtin im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband
ist, sowie gegen den Gauvorsitzenden des Deutschnationalen
Handlungsgehilfenverbandes, Evers, und das Mitglied
Moll wegen grober Disziplinwidrigkeit und Schädli-
gung des Ansehens der Partei das Ausschlussver-
fahren eingeleitet hat. Der Vorstand hat in seiner
Sitzung vom 2. Juli die Aufhebung des Ange-
klagtenauschusses ausgesprochen. Der Vorbericht
des Angeklagtenauschusses, dass unlässig Mitglieder der
Deutschnationalen Partei mundtot gemacht werden sollen,
wird hiermit bestätigt. Es ist anzunehmen, dass das Vor-
gehen der Partei noch über die Grenzen Hannovers hin-
aus Folgen haben wird.

Eine Entschliegung von Hamburger Angestellten für Lambach.

Hamburg, 3. Juli. Bekanntlich hat der Vorstand
des Landesverbandes Hamburg der Deutschnationalen
Volkspartei den Antrag auf Ausschluss des Abg. Lambach
bei der Parteileitung wegen seines Kritiks „Monarchi-
smus“ vorgetragen. Mit diesem Antrag hat sich ein außerordent-
lich befehlige Versammlung der Angestellten-
mitglieder der Partei beschäftigt und unter An-
wesenheit von Vorstandsmitgliedern, die den Vorstands-
beschluss verteidigten, eine Entschliegung gefasst, in der es
heißt:
Der Angeklagtenauschuss weiß die Unterstellung zu-
rück, dass der Abgeordnete Lambach die Grundzüge der
Partei verlegt habe und bedauert deshalb auch, dass
den Vorstand des Landesverbandes Hamburg auf-
wenig gehalten hat, den Ausschluss des Abgeord-
neten Lambach aus der Partei zu beantragen. Der Aus-
schluss kann sich den Beschluss nur erklären durch ein voll-
ständiges Mißverstehen des Vorstandes und fordert
den Vorstand des Landesverbandes Hamburg auf,
seinen Beschluss rückgängig zu machen. Die

Rebe
Krebst
Stadtr
Unstige
von Sam
am 10. d
a Kreb
Der 3. d
der 3. d
Numme
D
Zw
E
ohne
Son un
Dah von der
gierungserkläru
gen und aufreg
würden, haben
Verlauf der heu
lang beständig.
Müller-Pranten
mokratischen Re
Dr. Breit
etwas zu sehr
Gerade das gab
gen, die sich mi
politisch befahten
Bretschneider
lich der Regieru
mühte, dass die
bürgerlichen Pa
glialistischen Ide
die den Sozialde
kommunistischen
Graf Wele
Wort ergriß, h
Tag. Er war ja
regt, ein Umst
legenheit, in der
übersehen zu la
gen Rede — da
Hause — erl
obwohl sie gerat
antwortung der
Ist haben, ein
dass sie vielmehr
ber in die fr
tion zurück
die frühere Re
hängnis gemord
ihnen das Zentr
brennen müßten.
Aus den damals
nationalen aber
mühten sich über
parteilichen Füh
politischer Soph
fagen lassen.
Die Erklärung
Peritius für
Hause mit große
später in den V
Einrud, den sie
partei wegen der
stanzierung
merhin hat aber
Mitarbeit auch d
Lusdruck gebrach
ungnahme vorbr
dessen, dass das
binett nicht fr
zunächst die Arbe
will.
Trotz der in
menen schülen J
ingewöhnen von
gungspotum
Regierungsa
eben dem Kabin
sachlichen Arbeit
würflich:
„Der Reichs
Reichsregierung
Anträge zu
Da der Antr
gezeichnet ist, gilt
die kommunisist
anträge sowie üb
der Geschäftsordn
Vertrauensantrag
Die zweite R
Worte kommt, wi
fertig sein können
stlich noch ein
lich mit den Ver
auseinanderzuseh
zweiten Tag der
ten sein. Das
auch nicht an de
es von einer best
Beim Reichst
lage über d
gangen.